

Datum: Tue, 1 Feb 2011

An: internetpost@bundestkanzlerin.de

CC: extreme_zeiten@gmx.de

Betreff: "Extremismuserklärung"

An:

Bundestkanzlerin Angela Merkel

Bundestkanzleramt

E-Mail: internetpost@bundestkanzlerin.de

Telefon: (030) 4000 - 0

Telefax: (030) 4000 - 2357

Facebook-Seite: <http://www.facebook.com/AngelaMerkel>

Sehr geehrte Frau Bundestkanzlerin Merkel;

In meiner nunmehr langjährigen und engagierten Arbeit für Demokratie und Menschenrechte setzte ich bisher selbstverständlich voraus, dass ich fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehe und dies auch von meinen Kooperationspartner/innen - welche ich natürlich sorgsam auswähle - selbstverständlich vorausgesetzt wird. Diese Arbeit zur Verteidigung demokratischer und menschenfreundlicher Werte ist mir ein Herzensbedürfnis - nie mehr will ich Zeiten erleben, wie jene, in denen Meinungsfreiheit eingeschränkt und Menschen aus Misstrauen bespitzelt wurden - und Menschen aufgrund eines demokratischen Engagements verhört und verhöhnt wurden. Mit all dem bin ich in der DDR aufgewachsen - und ich sehne mich wahrlich nicht danach zurück.

Umso erschrockener und betroffener bin ich über die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt und den Generalverdacht, unter den nun praktizierende Demokraten gestellt werden. Besonders die Bespitzlungsaufforderung gegen alle und jeden erschüttert und beunruhigt mich tief. Dies ist einer Demokratie nicht würdig und schadet einer pluralen, demokratischen Gesellschaft sehr. Umso mehr in Zeiten, in denen Rechtsextremisten verstärkt Zulauf bekommen und die NPD in mehreren Landesparlamenten sitzen. Aber auch der s.g. Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft und die Abwertung von Menschen, die scheinbar nicht der „Norm“ entsprechen, haben deutlich zugenommen - einhergehend mit einer Politikverdrossenheit und Ablehnung von Demokratie als Lebens- und Gestaltungsform. Das dies nicht so bleibt, dafür arbeite ich mit vielen Partner/innen zusammen. Zum Schutz der Demokratie hilft nur eines: eine demokratische Auseinandersetzung!!

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzlungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen demokratieschädigend und kontraproduktiv. Ich fordere Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheidenersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

R. Milke

Diplomsozialwissenschaftlerin und überzeugte Demokratin

